

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Klimaschutzmaßnahmen intensivieren**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der oberösterreichischen Bevölkerung sowie den nächsten Generationen bei der Bundesregierung für weitreichende Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, insbesondere dafür, dass

- bei der derzeit stattfindenden Überarbeitung des Nationalen Energie- und Klimaplan ein Maßnahmenpaket entwickelt wird, das die Erreichung der österreichischen Klimaziele bis 2030 sicher stellt und damit auch drohende massive Kosten für den Ankauf von Klimaschutzzertifikaten vermeidet,
- der Klimaschutz auf Basis der internationalen Vereinbarungen explizit als Verfassungsziel im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung verankert wird,
- die Energiewende sowie die Mobilitätswende mit voller Kraft forciert wird,
- eine Steuerreform mit ökologischen Anreizen, die sich nicht nachteilig auf den Wirtschaftsstandort Österreich und den ländlichen Raum auswirkt, umgesetzt wird,
- sie auf EU-Ebene dafür eintritt, dass die klimapolitischen Maßnahmen auf europäischer Ebene intensiviert und die europaweiten Bemühungen zur Erfüllung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens angehoben werden,
- auf EU-Ebene sowie international dafür eingetreten wird, dass alle Mitgliedstaaten die Energiegewinnung durch Atomkraft und Verbrennung von Kohle einstellen und in diesem Bereich im Sinne der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zukünftig auf erneuerbare Energiequellen zurückgreifen.

### **Begründung**

Weltweit führen uns bereits Extremwetterlagen, Dürre, Artensterben, steigende Meeresspiegel, Nahrungsmittelengpässe und neue Fluchtbewegungen wie auch die derzeitige frühsummerliche Hitzewelle in Oberösterreich auf eindringliche Weise vor Augen, welchen Handlungsdruck wir beim Klimaschutz haben.

Laut Weltklimabericht liegt die weltweite Erderwärmung mittlerweile bei etwa einem Grad, Tendenz steigend. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Mit

wirkungsvollen Maßnahmen bewahren wir nicht nur unsere Artenvielfalt und Lebensgrundlagen vor Ort, Klimaschutzmaßnahmen sind auch klare Zeichen unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen.

Das Weltklima-Übereinkommen von Paris aus dem Jahr 2015 ist eine der wichtigsten Weggabelungen in Sachen Klimaschutz. Das Klimaabkommen sieht vor, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine vollständige Dekarbonisierung anzustreben. Österreich hat dieses Übereinkommen ratifiziert und sich auf EU-Ebene verpflichtet, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 um mindestens 36 Prozent zu verringern, bezogen auf das Ausgangsjahr 2005.

Die Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben, sollen ihre Reduzierung der Emissionen nicht mit noch mehr Energiegewinnung aus Atomkraft erreichen, sondern auf diese gefährliche Technologie verzichten und auf alternative Energiequellen zurückgreifen. Ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie ist für uns der einzige richtige Weg, um zukünftige Generationen zu schützen.

Klar ist: die jetzigen politischen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen noch nicht aus, es bedarf eines verstärkten gemeinsamen Einsatzes aller Verantwortlichen. Deshalb müssen die bisherigen Bemühungen zum Klimaschutz intensiviert und ausgeweitet werden: Wichtiger Teil eines engagierten Klimaschutzes ist dabei jedenfalls die Energie- und Mobilitätswende. Auch ökologische Anreize im Rahmen einer Steuerreform zur Attraktivierung eines klimaschonenden Verhaltens sind eine sinnvolle Maßnahme für das Erreichen der Klimaschutzziele. Ziel muss dabei bleiben, dass weder der erfolgreiche Wirtschaftsstandort Österreich noch der ländliche Raum und die dort ansässigen Pendler benachteiligt werden.

Der Klimaschutz darf nicht vor den Staatsgrenzen haltmachen. Es gibt Klimaschutzmaßnahmen, die können wir nur grenzüberschreitend verwirklichen. Die Europäische Union hat hier besondere Verantwortung, sie muss beim Klimaschutz die (globale) Führungsrolle übernehmen und das Pariser Weltklimaabkommen in die Tat umsetzen.

Linz, am 2. Juli 2019

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Kaineder, Hirz, Mayr, Böker, Schwarz, Buchmayr,**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Kirchmayr, Dörfel, Rathgeb, Frauscher, Csar, Stanek, Hingsamer, Oberlehner, Lackner-Strauss, Manhal, Höckner, Hattmannsdorfer**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Neubauer**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor**